

Gemeinsame Presseerklärung und Verbände-Mitteilung der Listen „Die Fachärzte“, „MEDI Berlin / Facharztliste“ und des Hausärzteverbandes Berlin und Brandenburg e.V. (BDA)

Wegen schwerwiegender Bedenken und Zweifeln an der Rechtmäßigkeit des geplanten Prozedere zu den Neuwahlen des Vorstandes der KV Berlin wenden wir uns als Vertreter der Fachärzte und des Hausärzteverbandes hiermit an die Öffentlichkeit. Anlass unserer Sorge ist das undemokratische Agieren von Vertretern der Listen, die mit Marketing-Labels wie "konstruktiv, fair, transparent" die jüngsten Wahlen zur KV Berlin knapp gewonnen haben.

1. Bereits im Februar dieses Jahres wurde bei den Vorstandswahlen durch die Vorsitzende der Vertreterversammlung das geltende Wahlrecht (mit der eindeutig satzungsgemäßen Festlegung getrennter Wahlgänge) verletzt. Dieses inzwischen auch gerichtlicherseits klar für rechtswidrig erklärte Vorgehen schadet der Selbstverwaltung und schwächt sie.
2. Nachdem Mathias Coordt als hausärztlicher Vorstand sein Amt bereits nach wenigen Wochen niedergelegt hatte, wurde kurzfristig Dr. Burkhard Ruppert als neuer hausärztlicher Vorstand nachgewählt,
 - ohne den Ausgang des inzwischen anhängigen Gerichtsverfahrens abzuwarten,
 - ohne eine hausärztliche Legitimation durch Rücksprache mit dem Hausärzteverband herzustellen,
 - ohne die Vertreterversammlung davon in Kenntnis zu setzen, dass der Kollege Ruppert erst frühestens ab September zur Verfügung würde stehen können. Letzteres erfuhr die Vertreterversammlung gewissermaßen indirekt erst im Juni, einen Monat nach dessen Wahl, als es um den Dienstvertrag des Kollegen ging.
3. In den Sommerferien soll jetzt kurzfristig die Wahl des Verwaltungsjuristen Scherer als drittem KV-Vorstandsmitglied wiederholt werden,
 - obwohl vor Gericht offenbar durch die VV-Vorsitzende ein Neuwahltermin für September oder Oktober in Aussicht gestellt worden war,
 - ohne dass rechtzeitig alle Mitglieder der KV hierzu informiert worden wären,
 - ohne bei der Bewerbungsfrist das schriftliche Urteil des nunmehr erfolgten Gerichtsverfahrens abzuwarten und
 - ohne öffentliche Ausschreibung, zu der die KVen als Körperschaften öffentlichen Rechts angehalten sind.

Vertreter der Mehrheitslisten agieren, entgegen dem gegebenen Versprechen, tendenziell destruktiv, unfair und intransparent. Sie haben das von unserer Seite entgegengebrachte Vertrauen systematisch missbraucht und mittlerweile auch verspielt. Durch ihr Verhalten wird das Ansehen und die Macht der KV als Organ ärztlicher Selbstverwaltung unterminiert und geschwächt, indem der Bruch geltenden Rechts in unverantwortlicher Weise in Kauf genommen wird.

Von diesen undemokratischen und rechtswidrigen Praktiken können wir uns nur ausdrücklich distanzieren und unsere Mitwirkung verweigern.

V.i.S.d.P.:
Dr. Matthias Lohaus, MPH
Linkstr.8
10785 Berlin
Tel. 030-25925-252